

Ein Raum des Friedens?



www.pixelio.de

Europa braucht eine neue Sicherheitsarchitektur

von Dietmar Nietan, MdB

In einer Zeit, in der sich Europa und die EU scheinbar in einer Dauerkrise befinden und so mancher schon das Projekt Europa als Ganzes anzweifelt, argumentieren überzeugte Europäer immer wieder folgendermaßen: Durch die europäische Integration wurden nach dem letzten Weltkrieg aus verbitterten Feinden Freunde und Partner, was uns seit Jahrzehnten ein Leben in Frieden und Freiheit beschert. Spätestens an dieser Stelle nickt selbst der größte EU-Skeptiker ein wenig mit dem Kopf. Vieles daran ist wahr. Doch bildet diese Version einer „EU-Friedensgeschichte“ nur eine Teilwahrheit ab.

Frieden brachte die europäische Integration über viele Jahre zunächst nur dem Teil Europas, der landläufig als „Westeuropa“ bezeichnet wird. Nach dem Ende des Kalten Krieges tat sich die Europäische Gemeinschaft mit einer Fortsetzung ihrer „Friedensmission“ schwer. So versagte sie angesichts des Krieges auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens 1991/1992. Der Krieg konnte weder verhindert noch schnell eingedämmt werden. Letzteres beruhte schlichtweg auf der Unfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten, sich auf eine gemeinsame Position zu verständigen und gemeinsam zu handeln.

Es wird für viele dieser Länder noch ein langer und steiniger Weg sein, doch der westliche Balkan hat inzwischen den Weg in Richtung EU eingeschlagen. Aber auch gibt es in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zahlreiche schwelende und offene Konflikte, für die friedliche, dauerhafte Lösungen kaum abzusehen sind: Der Südkaukasus, Transnistrien und Weißrussland, Nordafrika, der Nahe Osten, die Region am Persischen Golf oder Zentralasien stellen im Grunde permanente Herausforderungen an ein Europa dar, dass ein Raum von Frieden, Freiheit und Sicherheit sein will. Auf globaler Ebene fordern die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der internationale Terrorismus, die Notwendigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle, internationale Piraterie, Fragen der Energiesicherheit sowie Bedrohungen durch Klimawandel und Umwelteinflüsse aber auch Armut, Migration und wirtschaftliche Fehlentwicklungen eine umfassende Neudefinition des Begriffs „Sicherheit“ sowie neue, nachhaltige sicherheitspolitische Strategien. Angesichts dessen müssen Akteure wie die USA, Russland und eben auch die Europäische Union erkennen, dass sie die Grenzen ihrer eigenständigen Handlungsfähigkeit erreicht haben. Aus dieser Erkenntnis sollten Konsequenzen für das eigene Handeln gezogen werden.

Eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind für die Länder im euroatlantischen und euroasiatischen Raum (und auch darüber hinaus) ähnlich. Wir täten gut daran, gemeinsam eine belastbare Sicherheitsarchitektur, eine neue Friedensordnung für den ganzen Kontinent zu schaffen. Diese Ordnung muss auf zwei tragenden Säulen ruhen: Zum einen braucht es einen intensiven Kommunikationsprozess zwischen den Hauptprotagonisten unterschiedlicher außen- und sicherheitspolitischer Interessenslagen. Dies gilt zum einen für die EU-Staaten untereinander. Darüber hinaus bedarf es jedoch vor allem einer engen Konsultation, Vertrauen und Übereinstimmung zwischen der EU, den USA, der Russischen Föderation und der Türkei. Diese vier Akteure mit ihren jeweils großen bzw. wachsenden Einflussbereichen sind unverzichtbar für Frieden und Sicherheit Europas und seiner Nachbarschaft. Doch hier liegt gleichzeitig eine große Herausforderung: Gerade in den Beziehungen zu Russland muss Europa noch stärker mit einer Stimme sprechen und im nächsten Schritt mit den USA zu einer gemeinsamen Position gegenüber Russland finden – weg vom alten Antagonismus "Wir gegen Euch" hin zu verstärkter Zusammenarbeit und letztendlich zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Von russischer Seite liegt seit 2009 der Vorschlag für einen „Vertrag über die europäische Sicherheit“ von Dmitri Medwedew auf dem Tisch – vom Westen bis jetzt zwar diskutiert, aber noch unbeantwortet. Nicht alle Teile von Medwedews Idee für einen neuen Europäischen Sicherheitsvertrag können von allen EU-Staaten geteilt werden. Es reicht jedoch nicht, nur Nein zu sagen. Eine gut durchdachte Alternative muss auf den Tisch. Und seitdem US-Präsident Barack Obama gegenüber Russland den Boden für eine längst überfällige Entspannung des Verhältnisses zwischen den beiden ehemaligen Supermächten geebnet hat, liegt der Ball nun bei den Europäern. In der Beziehung zur Türkei muss die EU überdies erkennen, dass sie es hier nicht mehr nur mit einem Zankapfel und Sorgenkind in Sachen EU-Beitritt zu tun hat, sondern mit einem selbstbewussten und zunehmend wichtigen Akteur, der bestrebt ist, seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten stetig auszuweiten.

Als zweite Säule einer europäischen Sicherheitsarchitektur bedarf es eines gemeinsamen Forums, an dem alle Staaten Europas gleichberechtigt zusammen kommen können, um dem Prozess die nötige Legitimation zu verleihen. Dazu ist keine neue Institution nötig. Mit NATO, OSZE und EU stehen bereits tragfähige Strukturen zur Verfügung.

Die EU selbst kann in einem Prozess hin zu einer neuen Sicherheitsarchitektur bereits auf gute Grundlagen zurückgreifen: Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003, die sich auf Prinzipien wie Multilateralismus, Stärkung internationaler Organisationen oder partnerschaftlichen Umgang beruft, stellt eine treffende Diagnose realer und möglicher Bedrohungen dar und betont die Notwendigkeit einer verstärkten und effizienteren Kooperation der EU-Staaten in Sicherheitsfragen untereinander und mit internationalen Partnern. Der Vertrag von Lissabon brachte institutionelle Verbesserungen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Ihren Willen zu mehr Kohärenz und Koordinierung ihres außenpolitischen Handelns haben die EU-Mitgliedsstaaten auch mit der Einrichtung des Postens der Hohen Vertreterin als Quasi-Außenministerin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und der Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unterstrichen. Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zielt die EU auf Stabilität und Kooperation an ihren östlichen und südlichen Grenzen. Europäische militärische und zivile Missionen leisteten und leisten in verschiedenen Ländern der Welt wichtige Unterstützung bei Konfliktbewältigung und Stabilisierung. Hier sei kritisch anzumerken, dass es hinsichtlich der gemeinsamen militärischen Kapazitäten noch viel Spielraum für Verbesserung gibt.

Insgesamt muss die EU ihr außen- und sicherheitspolitisches Profil sowie ihre Strukturen und Instrumente nun noch weiter schärfen, um die GASP zu einer wirklich umfassenden, friedenssichernden Politik für den Kontinent und seine Nachbarschaft auszubauen und um ein glaubwürdiger globaler Player zu werden. Sowohl nach innen wie nach außen dominiert jedoch oftmals die Wahrnehmung eines Europas von Einzelstaaten mit unterschiedlichen außenpolitischen Interessen. Vor allem vom politischen Willen der 27 Regierungen sowie von Engagement und Durchsetzungsfähigkeit der Hohen Vertreterin hängt ab ob es gelingen kann, gemeinsam mit unseren wichtigsten Partnern eine belastbare Sicherheitsarchitektur für den ganzen Kontinent zu schaffen. Europa muss die Initiative ergreifen und konkrete Vorschläge für eine Europäische Friedensordnung erarbeiten.